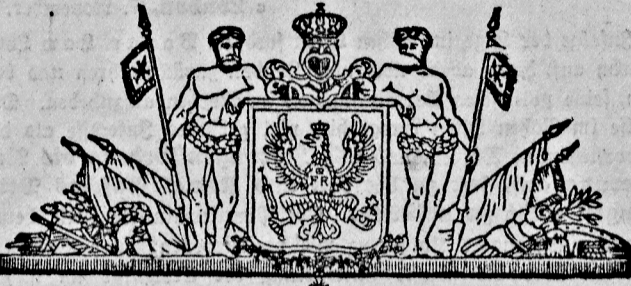


Vossische



Zeitung

15 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Kunstdruck-Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 400 Mark, unter Streifenband 520 Mark im Inland, 650 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 43 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 14 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 - 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 - 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Die Frage des Moratoriums.

Bereitschaft ausländischer Bankreise zur Markflüchtung.

Die neuen Vorschläge der deutschen Regierung, deren Uebermittlung an die Reparationskommission heute erfolgen soll, sind in ihren Einzelheiten noch nicht endgültig fertiggestellt. Ihre Formulierung wird nicht unbeeinflusst sein können von den **Gutachten der ausländischen Sachverständigen**, die ihre Beratungen über die Möglichkeiten einer Stützungsaktion für die deutsche Mark abgeschlossen und ihre Gutachten ausgearbeitet haben.

Das erste dieser Gutachten, das die Unterschriften der beiden Engländer Brand und Keynes, des Amerikaners Jenks und des Schweden Cassel trägt, ist dem Reichskanzler gestern abend bereits zugegangen. Die anderen sind für spätere Stunden in Aussicht gestellt worden. Daß die Währungskonferenz der ausländischen Finanzsachverständigen mit den Berliner Verhandlungen der Reparationskommission zeitlich zusammentraf, war ein Zufall. Die Reparationskommission hat bekanntlich ihre Reise nach Berlin angemeldet, nachdem die ausländischen Sachverständigen von der Reichsregierung bereits eingeladen worden waren. Aber dieses zufällige Zusammentreffen ermöglicht es der deutschen Regierung, auch die unbeeinflussten Meinungen ausländischer Praktiker und Theoretiker in Währungsfragen zu unterbreiten. Erst nach dem Studium der Sachverständigen-Außerungen wird die Regierung ihre letzten Entscheidungen über die präzisesten Vorschläge an die Reparationskommission treffen.

Es bleibt wichtig, daß die Verhandlungen mit der Reparationskommission durch die Ueberreichung des ersten im Wortlaut noch immer nicht bekannten deutschen Vorschlages keine Wendung erfahren haben, die als kritisch zu bezeichnen wäre. Die Antwortnote der Reparationskommission, die ebenfalls noch vertraulich behandelt wird, ist keineswegs in dem Sinne negativ, daß man daraus den Schluß ziehen müßte, der Abbruch der Verhandlungen stehe vor der Tür oder die Abreise der Reparationskommission sei unmittelbar zu erwarten. **Entscheidend bleibt der Satz in der Antwortnote, der von der deutschen Regierung gerade mit Berufung auf die Gutachten der ausländischen Sachverständigen eingehendere Vorschläge über die Maßnahmen verlangt, welche die deutsche Regierung ihrerseits zur Stützung der Mark vorschlägt und ergreifen will.**

Die größte Schwierigkeit liegt eigentlich darin, daß die Reparationskommission offiziell von einem Moratorium nicht in Berlin zu sprechen wünscht und daß das Moratorium doch der Drehpunkt aller Verhandlungen über eine Stützungsaktion der Mark ist und sein muß. **Die ursprünglich abweichende Haltung der Regierung und des Reichsbankpräsidenten gegen eine Heranziehung des Goldbestandes der Reichsbank zur Stützungsaktion ist aufgegeben.** Er wird nur noch insofern aufrecht erhalten, als es sich um den Gedanken einer isolierten Aktion der Reichsbank handelt. Dagegen hat sich die Reichsregierung in ihrem ersten Vorschlag an die Reparationskommission damit einverstanden erklärt, daß die Reichsbank mit ihrem Goldbestand mitwirken soll an einer Stützungsaktion durch ausländische Banken. Und es wird mit Bestimmtheit erklärt, daß sich **ausländische Privatbankiers mit Zustimmung und mit zugesagter Unterstützung ihrer Regierungen zur Beteiligung an einer Stützungsaktion für die Mark mit Bankkrediten und unter Mitwirkung der Deutschen Reichsbank bereit erklärt haben. Praktisch wäre also die Erlangung von ausländischen Bankkrediten möglich, wenn die Frage des Moratoriums in einem für Deutschland günstigen Sinne erledigt wird.**

Der Reichskanzler hat gestern die Führer aller Parteien empfangen, um sie über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit der Reparationskommission und die Pläne der Reichsregierung zu unterrichten. Wie immer in den letzten Wochen, sind die Führer der Koalitionsparteien gemeinsam mit denen der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei empfangen worden; die Vertreter der anderen gesondert. Ueber eine rein informative Aussprache ist man gestern nicht hinausgekommen, da eben die Gutachten der ausländischen Sachverständigen noch nicht vorlagen. Man hat den Parteiführerbesprechungen beim Reichskanzler vielfach weitergehende Bedeutung beigelegt und im Zusammenhang mit den Mitteilungen über Meinungsverschiedenheiten im Kabinett von einer unmittelbar bevorstehenden Umbildung der Reichsregierung gesprochen. Daß erhebliche Meinungs-

verschiedenheiten innerhalb der Reichsregierung bestanden haben, vornehmlich zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister, wird jetzt auch gewissermaßen offiziell eingeräumt und nicht bestritten, daß sie sich u. a. auf den Rapallo-Vertrag und auf die Pariser Verhandlungen mit der Reparationskommission bezogen haben. Dagegen wird versichert, daß in bezug auf die Formulierung des ersten deutschen Vorschlags und während der ganzen Dauer der Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission vollständige Einmütigkeit bestanden hat. Eine Einmütigkeit, die auch notwendig sei, wenn die im Gange befindlichen wichtigen Aktionen nicht scheitern sollen. Aber es wird für eine Selbstverständlichkeit angesehen, daß die Erwägungen über eine Umbildung der Regierung, die während der Berliner Besprechungen mit der Reparationskommission und den ausländischen Sachverständigen gerührt haben, unmittelbar nach deren Abschluß wieder aufgenommen werden. Es ist wohl allgemeine Auffassung, daß sehr bald eine deutliche Neuorientierung der deutschen Politik erfolgen muß. Die Initiative dazu ist, wie man weiß, unmittelbar vor den Reichstagsferien vom Reichskanzler selbst ausgegangen, der damals in einer Parteiführerbesprechung davon gesprochen hat, es müsse das Kabinett neu und so gestaltet werden, daß es eine Konzentration der aufbauenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland darstellt. Er hat auch keinen Zweifel daran gelassen, daß er sich diese Konzentration denkt in einer Mehrheit, die außer den gegenwärtigen Koalitionsparteien nicht nur die Deutsche Volkspartei als die politische Vertretung der Industrie und eines wesentlichen Teiles der Hochfinanz, sondern auch die Bayerische Volkspartei umfaßt. Darüber wird man sehr bald und sehr eindringlich sich auseinandersetzen müssen, wenn erst die Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Stützungsaktion für die Mark und die anderen Fragen zu einem — hoffentlich befriedigenden — Ergebnis geführt haben.

Die amerikanischen Wahlen.

Innerpolitische Streitfragen.

Gestern haben in den Vereinigten Staaten die Wahlen für das Repräsentantenhaus — das Unterhaus des amerikanischen Kongresses — und die Parlamente aller Staaten des Bundes, die ihrerseits wieder ein Drittel des Bundessenats neu wählen müssen, stattgefunden. Die Wahlen haben in diesem Jahre innerhalb und außerhalb der Union ein geringes Interesse hervorgerufen, weil bei allen unterrichteten Beurteilern von vornherein feststand, daß die Demokraten nicht in der Lage sein würden, der Regierung des Präsidenten Harding und der Wahlparole der Republikaner: Laßt die bisherige Regierung weiterhin die Kriegsfolgen liquidieren, mit Erfolg eine andere Wahlparole entgegenstellen zu können.

Wie bereits kürzlich in der „Vossischen Zeitung“ dargelegt wurde, versuchen die Demokraten an den drastischen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Streikbewegung und der Durchführung des Lohnabbaus Kritik zu üben, ohne ihrerseits eine positive Wirtschaftspolitik, die andere Ergebnisse zeitigen würde, vorschlagen zu können. In den meisten Staaten haben die Demokraten gegenüber den republikanischen Mandatsinhabern Persönlichkeiten aufgestellt, die sich besonderer örtlicher Beliebtheit erfreuen oder die bereit waren, diejenigen Gesehntwürfe und Wünsche zu fordern, denen der das Mandat innehabende Senator oder Repräsentantenhausmitglied Widerstand entgegengesetzt hatte. Bei den schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, die die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren erlebt haben und die sich in den verschiedensten Gegenden verschieden ausgemittelt haben, ist es natürlich ein Leichtes, gegen die Persönlichkeiten Stimmung zu machen, die im Parlament als Mitglieder der Regierungspartei für Bundesgesetze die Verantwortung übernehmen mußten, die möglicherweise die Interessen ihrer Wahlkreise weniger günstig beeinflusst haben als die gesamte Lage des Landes.

Der einzige Punkt des Wahlprogramms der Demokraten, der einigermaßen Anklang gefunden hat, zielt auf die Abänderung des Prohibitionsgesetzes hin. Die absolute Prohibition soll abgebaut werden, indem der Ausschank von leichten Weinen und Bieren in den Landesstellen gestattet werden soll, die sich durch Volksabstimmung oder durch Staatsgesetz dafür erklären.

Republik und Lehrer.

Von

Dr. Ludwig Müller,

Direktor der Sophienschule in Hannover.

Der Fall Stubenrauch hat wieder einmal die höhere Schule in den Mittelpunkt parteipolitisch-parlamentarischer Auseinandersetzungen gerückt. Je nachdem ist die Beleuchtung ausgefallen: bengalisch-glänzend-hell auf der einen, finsternschwarz-unfreundlich auf der anderen Seite — der Hörer und Leser kann sich's aussuchen, welche Auffassung ihm am besten gefällt. So einfach, wie Voreingenommenheit sich die Sache macht, liegt die Frage nach der Stellung des gegenwärtigen Staates und der höheren Schule zu einander allerdings doch nicht. Für ein Verstehen des Problems ist es vielleicht ganz heilsam, sich ins Gedächtnis zu rufen, was eigentlich seitens des modernen Staates gesehen ist, um den Geist in die höhere Schule hineinzufragen, der die Jugend für den gegenwärtigen Staatsgedanken, für die Mitarbeit am heutigen Staate erzieht.

Bielerheißende Anfänge! Die Weimarer Verfassung sieht staatsbürgerlichen Unterricht in allen Schulen vor; kein Schüler, keine Schülerin beendet die Schullaufbahn, ohne daß ihnen ein Abdruck der deutschen Reichsverfassung mit auf den Lebensweg gegeben wird. Ein großzügiger Gedanke, der, richtig durchgeführt und angewendet, gute Frucht tragen muß. Aber, aber: die Ausführung! Die Zahl der Lehrer, die auf dem Boden der Verfassung steht, ist klein, und nicht selten liegt der staatsbürgerliche Unterricht in den Händen stramm-deutschnationaler Vertreter. Was diese daraus machen, kann sich der kritisch veranlagte Leser selbst ausmalen, und wer noch nicht durch diese Dinge hindurchsieht, dem sei folgende „Ansprache“ bekanntgegeben, die kürzlich von rechtsstehender Seite bei der Ueberreichung der Verfassungsabdrücke an abgehende Schüler gehalten worden ist. Sie lautete etwa folgendermaßen: „Ich bin von Amts wegen verpflichtet, Ihnen die Verfassung von 1919 zu übergeben. Sorgen Sie dafür, daß Deutschland einmal eine andere, bessere Verfassung bekommt!“

Man kann ungefähr ermaßen, was bei solcher Art von Einführung in die deutsche Verfassung herauskommt, wie nicht selten gerade das Gegenteil des ursprünglich Gewollten und Erstrebten erreicht wird. In wessen Hände der staatsbürgerliche Unterricht gelegt wird, das bleibt sozusagen dem Zufalle überlassen. Muß das sein? Die Behörden, die unter dem alten Regime ganz genau wußten, wer von den Lehrern die „Kreuzzeitung“, wer die „Frankfurter Zeitung“ las, verfügen doch vermutlich auch heute noch über die genügende Personenkenntnis, um wenigstens zu entscheiden, in wessen Hände die Staatsbürgerkunde nicht kommen darf. Wenn der Direktor einer höheren Schule zu Ostern seine Unterrichtseinteilung vorlegt, so sollte man doch wirklich meinen, daß es seiner Aufsichtsbehörde möglich wäre, hier ordnend und regelnd einzugreifen. Solange jeder Verfassungsfeind im Unterricht freien Spielraum für seine politischen Ansichten hat, solange bleibt eine Erziehung zur Verfassungstreue und Verfassungsfreude unendlich erschwert, wo nicht ausgeschlossen. Daran ändert auch eine Verfassungsfeier vom 11. August nichts. Wieder ein glücklicher Gedanke — und vielfach eine höchst unzulängliche Ausführung! In wievielen Schulen hat man dem Festtage alles Erhebende, Feierliche zu nehmen gewußt, wie oft sind die Schüler absichtlich im schäbigsten Alltagsgewande angetreten und haben sich über die Kameraden lustig gemacht, die, aus verfassungstreuen Häusern stammend, dahin belehrt waren, daß der 11. August dem Gedantag von einst und dem 27. Januar früherer Jahre gleichzuachten sei! Ueber viele Reden am 11. August breitet man besser den Mantel der christlichen Nächstenliebe. Sie sind in nicht wenigen Fällen von dem leitenden Gedanken getragen gewesen, daß alles, was etwa an der im übrigen ziemlich mangelhaften Verfassung noch einigermaßen brauchbar sei, der Arbeit rechtsstehender Politiker verdankt werde. Wie fragen wieder: mußte das sein?

Eine besondere Not der höheren Schule ist zurzeit die Frage der Geschichtslehre. Offiziell unterrichtet man seit Jahren ohne Buch, aber mit Sehnsucht warten die Geschichtslehrer aller Richtungen auf Richtlinien und Fingerzeige dafür, wie nun eigentlich die neuen Bücher aussehen sollen. Wiederum ein guter Anfang! Der Erlaß vom 19. Juli d. J. verlangt ein stärkeres „Hervortreten aller der Tatsachen und Zusammenhänge, die geeignet sind, das selbständige Verantwortungsbewußtsein des republikanischen Bürgers in seiner Stellung zu Staat und Gesellschaft zu wecken und zu erziehen“. Die Geschichtsdarstellungen sollen also nicht mehr nur Helden- und Monarchengeschichte bieten, sondern die geschichtliche Entwicklung des Volkes, wobei dem wirklich überragenden einzelnen immer noch die Bedeutung zuteil werden kann, die er verdient. Was wäre einfacher, als von diesem trefflichen Grundgedanken ausgehend ein halbe Duzend klarer, knapper Richtlinien aufzustellen und nun den Lehrbuchverfassern zu sagen: „Geht an